

Antrag von Mitgliedern

Mitgliederversammlung am 10.10.2026

Initiator_nnen:

Friedhelm Frischenschlager, Gustav Gressel, Alexander Weyrosta, Douglas Hoyos, Roman Pable, Helga Pattart-Drexler, Silvia Nadjivan, Christoph Hofer, Lukas Sustala, Martina Bednar, Clemens Ableidinger, Fiona Fiedler, Christine Reiterer, Arabel Bernecker-Thiel, Karl-Arthur Arlamovsky?, Sophie Wotschke, Dominik Oberhofer, Niko Swatek, Lisa Ficzkó, Claudia Gamon, Dieter Feierabend, Anna Stürgkh, Yannick Shetty, Christoph Wiederkehr, Beate Meinl-Reisinger, Markus Hofer, Sepp Schellhorn, Peter Berry, Helmut Brandstätter, Jonas von Einem, Felix Eypeltauer, Michael Sagmeister, Ines Holzegger, Sylvia Neuherz, Christoph Pramhofer, Birgit Obermüller, Janos Juvan, Thomas Jandl, Christoph Müller, Julian Fritsch, Jakob Dirnböck, Bettina Emmerling, Indra Collini, Fabienne Lackner, Henrike Brandstötter, Friedrich Grams, Gertraud Auinger-Oberzaucher, Lorenzo Friedl

Titel:

Ein sicheres Österreich in einem wehrhaften Europa

Antragstext

Ein sicheres Österreich in einem wehrhaften Europa – grundsätzliche Positionen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik

1
2
3

1. Zur Ausgangslage

NEOS bekennen sich zur regelbasierten globalen Ordnung und zum Multilateralismus im Rahmen des Völkerrechts, der Vereinten Nationen (UNO) und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) sowie zum kollektiven militärischen Sicherheitssystem der UNO und den Grundsätzen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Für ein kleines Land wie Österreich ist eine internationale Ordnung, die auf der Stärke des Rechts und nicht auf dem Recht des Stärkeren basiert, entscheidend, um eigene Interessen zu wahren und nationale Sicherheit zu gewährleisten sowie in einer geordneten, globalen Struktur durch internationalen Handel unseren Wohlstand zu erhalten.

Sicherheit ist keine ausschließlich militärische Aufgabe. Moderne Sicherheitspolitik umfasst den Schutz demokratischer Institutionen ebenso wie die Verteidigung der territorialen Integrität, den Schutz kritischer Infrastruktur, wirtschaftliche Resilienz, technologische Souveränität und die Fähigkeit, auf hybride Kriegsführung wirksam zu reagieren. NEOS bekennen sich daher zu einem gesamtheitlichen, gewaltpräventiven Zugang (Comprehensive Approach), der militärische, zivile, wirtschaftliche und gesellschaftliche Instrumente verbindet. Militärische Fähigkeiten bleiben als letztes Mittel unverzichtbar. Dauerhafte Sicherheit und Frieden setzen zugleich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalt voraus.

Umfassende Sicherheit heißt für Österreich: Ein Leben in Frieden und nach unseren Wertvorstellungen. Es gilt, Krieg von vornherein zu verhindern, auch durch militärische Abschreckung. Glaubhafte Abschreckung entsteht nicht durch Deklarationen, sondern durch militärische Stärke, die einem potenziellen Angreifer von vornherein das Scheitern eines Krieges vor Augen führt. Der Landesverteidigungsbericht 2026/27 hält hierzu fest: „Einzelstaaten können diesen Herausforderungen nicht mehr alleine begegnen, daher ist eine europäische Sicherheitslösung unerlässlich.“

Für ein Land der Größe und Bevölkerung Österreichs ist einzelstaatliche Verteidigung daher schlicht nicht machbar. Friedenssicherung durch Abschreckung ist folglich nur aufbauend auf europäischer Verteidigung im Verbund möglich – über die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union, gegenseitige Beistandspflichten und Projekte mit europäischen Partnerländern, wie im Fall von integrierter Luftverteidigung. Eine bedrohungsgerechte, hochwertige militärische Landesverteidigung – eingebettet in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union – ist dabei unerlässlich. Daraus folgt die Notwendigkeit, die eigene Lage klar zu benennen und europäische wie transatlantische Optionen zur

43 Friedenssicherung realistisch einzuschätzen.

44 Die österreichische Neutralität entstand 1955 unter den Bedingungen des Kalten
45 Krieges: als Kompromiss zwischen den Blöcken, abgesichert durch das
46 Gleichgewicht der Supermächte. Diese Voraussetzungen gelten heute nicht mehr.
47 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Cyberoperationen, Sabotage und
48 Drohnen- wie Raketenbedrohungen gegen Europa haben die Lage grundlegend
49 verändert. Zugleich sind die Vereinigten Staaten kein vertrauenswürdiger
50 Bündnispartner mehr, auf dessen verlässlichen Schutz Europa bauen kann.
51 Washington fordert ausdrücklich, dass Europa sich konventionell verstärkt selbst
52 verteidigen müsse. Wer diese Ansage ignoriert, überlässt die europäische
53 Sicherheit dem Goodwill der USA.

54 Österreich ist heute nicht mehr Frontstaat zwischen NATO und Warschauer Pakt,
55 sondern NATO-EU-Binnenland. Ein isolierter konventioneller Angriff ist heute nur
56 im Rahmen einer umfassenden kriegerischen bzw. hybriden Konfliktsituation im
57 europäischen Rahmen denkbar. Österreichs Sicherheitsinteressen sind daher
58 untrennbar mit jenen Europas verbunden. Die Konsequenz: Nicht österreichische
59 Isolation, sondern die Bündelung europäischer Kapazitäten, um autonom
60 abschrecken zu können. Ein Land, das in der veränderten geopolitischen Situation
61 militärisch schwach bleibt, nachrichtendienstlich alleinsteht und sich aus
62 europäischen Verteidigungsstrukturen heraushält, begibt sich außerhalb des
63 einzigen wirksamen Sicherheitsrahmens für Österreich und seine Bürger:innen.
64 Neutralität schützt nicht. Sie beschreibt einen Rechtsstatus und kann jedenfalls
65 heute nicht mehr als Sicherheits- und Verteidigungsstrategie dienen.

66 Durch die Volksabstimmung und den EU-Beitritt 1995 wurde die österreichische
67 Neutralität bereits verfassungsrechtlich abgeändert und wesentlich
68 eingeschränkt. Nach Art. 23j B-VG wirkt Österreich an der Gemeinsamen Außen- und
69 Sicherheitspolitik mit; damit hat es sich zur Gemeinsamen Sicherheits- und
70 Verteidigungspolitik sowie zur Beistandspflicht nach Artikel 42 Absatz 7 EUV
71 bekannt: Seitdem gilt, dass innerhalb der Europäischen Union Beistand vor
72 Neutralität geht. Im Fall eines bewaffneten Angriffs auf einen Mitgliedstaat
73 schulden dem Angegriffenen alle EU-Mitglieder, also auch Österreich, Hilfe und
74 Unterstützung. Neutralität im Falle eines Angriffs auf einen EU-Partner wäre
75 keine Friedenspolitik, sondern Vertrags- und Solidaritätsbruch mit gravierenden
76 politischen Konsequenzen für Österreich.

77 Ebenso entscheidend wie militärische Abschreckung ist der Ausbau der
78 gesamtstaatlichen Resilienz. Sicherheit beginnt nicht erst an der Staatsgrenze,
79 sondern in einer widerstandsfähigen Gesellschaft, die den Willen besitzt, ihre
80 Heimat und Europa zu verteidigen. Daher müssen der Schutz kritischer
81 Infrastruktur, die Versorgungssicherheit mit Energie und Rohstoffen, der Schutz

digitaler Systeme, die Bekämpfung von Desinformation sowie demokratische politische Bildung zentrale Bestandteile österreichischer und europäischer Sicherheitspolitik sein. Demokratie muss gegen äußere Einflussnahme ebenso wie gegen innere Polarisierung und Extremismus wehrhaft sein.

NEOS bekennen sich zudem klar zur Ukraine als wesentlichem Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur. Ihr Verteidigungskampf schützt nicht nur ihre eigene staatliche Souveränität, sondern verteidigt auch die europäische Unabhängigkeit und Friedensordnung, das Völkerrecht und die Grundprinzipien internationaler Zusammenarbeit. Solange die Ukraine hält, bleibt die Abschreckungslinie vor der EU; fiel sie, rückte die Bedrohung auch an Österreich näher heran.

2. Ziele und Aufgaben der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Das österreichische Bundesheer muss auf die sicherheitspolitischen Anforderungen der kommenden Jahrzehnte vorbereitet sein, um zum Frieden durch Abschreckung im europäischen Verbund beitragen zu können. Dafür braucht es moderne Ausrüstung, ausreichende Finanzierung, Personal und volle Interoperabilität mit den Streitkräften europäischer Partner. Österreich muss sich verstärkt an der europäischen Ausbildungs-, Beschaffungs- und Fähigkeitsplanung beteiligen, weiterhin NATO-kompatible Standards implementieren und Kräfte für eine gemeinsame europäische Abschreckung bereitstellen. Es muss zu qualitativ und quantitativ adäquaten Beiträgen für gemeinsame Missionen bereit und fähig sein. Das Bundesheer muss sowohl zur klassischen Landesverteidigung als auch zum Schutz kritischer Infrastruktur, zur Cyberverteidigung und zur europäischen Krisenvorsorge befähigt sein. Eine stärkere Einbindung in europäische Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen ist hierfür unerlässlich.

Angesichts wachsender Unsicherheiten über die zukünftige Rolle der USA muss Europa seine sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken. Im Sinne strategischer Autonomie muss Europa wegfallende US-Beiträge an Truppen und Fähigkeiten durch eigene Kapazitäten ersetzen. Das heißt konkret: einen eigenständigen europäischen Flügel der NATO durch konsequente Interoperabilität und Durchhaltefähigkeit sowie militärische Kooperation innerhalb der Europäischen Union weiter zu stärken. NEOS treten für eine kontinuierliche Vertiefung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Ziel ist eine Europäische Union, die außen- und sicherheitspolitisch entscheidungs- und handlungsfähig ist, damit sie ihre Bürger:innen wirksam schützen und als glaubwürdiger sicherheitspolitischer Akteur internationale Verantwortung übernehmen kann.

Österreich soll seinen Verpflichtungen aus der EU-Mitgliedschaft, insbesondere aus Artikel 42 Absatz 7 EUV, nachkommen und diese nicht unter Berufung auf die

Neutralität anzweifeln. Die sogenannte „Irische Klausel“ macht den Beistand im Ernstfall nicht optional. Österreich soll daher im Beistandsfall militärisch wie zivil helfen können: mit Streitkräften, zivilen Beiträgen, Logistik, Medizin, Cyberfähigkeit, Schutz kritischer Infrastruktur sowie Versorgung, Beschaffung und industrieller Durchhaltefähigkeit. Was Österreich in jedem dieser Bereiche beitragen kann, muss vorab definiert und tatsächlich bereit gehalten werden. Obwohl eigentlich selbstverständlich, muss Österreich unmissverständlich außer Streit stellen, dass es die Durchfuhr militärischer Güter und Truppen europäischer Partner im Beistandsfall nicht behindert.

Solange die im Vertrag über die Europäische Union (Artikel 42 Absatz 2 EUV) angelegte Europäische Verteidigungsunion nicht realisiert ist, gilt es, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den bestehenden europäischen Strukturen umzusetzen und zu vertiefen. Österreich braucht dafür eine ehrliche und ideologiefreie Debatte über seine Rolle im europäischen Verbund. Dort wo Österreich heute an gemeinsamen Verteidigungskooperationen teilnimmt, – in der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO), dem Europäischen Verteidigungsfonds (EDF), dem European Defence Industry Programme (EDIP), der Initiative für militärische Mobilität sowie in Missionen und Übungen im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) – soll dies künftig vollinhaltlich und ohne Vorbehalte erfolgen. Dasselbe gilt für die European Sky Shield Initiative (ESSI). Österreich wird sich in diesen europäischen Projekten uneingeschränkt einbringen und sie aktiv mitgestalten. Ein falsches Neutralitätsverständnis darf nicht zum Hemmschuh der verteidigungspolitischen Integration Österreichs innerhalb Europas werden.

3. Die Umsetzung der Ziele

Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordern rasches Handeln. Für die Gegenwart und Zukunft sind daher folgende Maßnahmen zu setzen:

3.1. Sofortige Maßnahmen

Offenen Dialog zur österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik führen

Ein breiter öffentlicher Dialog über Österreichs Sicherheits-, und Verteidigungspolitik im europäischen Verbund und in diesem Zusammenhang über die Neutralität ist unerlässlich. Klar ist für NEOS, dass das Festhalten am Neutralitätsverständnis aus der Zeit des Kalten Krieges keine Basis für Österreichs zukünftige Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein kann und daher in diesem Prozess zu überdenken ist. Es gilt Bewusstseinsarbeit dafür zu leisten, dass heute eine zeitgemäße solidarische Sicherheits- und

Verteidigungspolitik, die militärische, zivile, wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Sicherheit integriert, im Interesse Österreichs liegt. Das setzt eine solidarische Rolle Österreichs innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur voraus.

Militärische Einsatzfähigkeit des Bundesheeres nachhaltig erhöhen

Der Aufbauplan 2032+ und die Personalstruktur des Bundesheeres sind an die im jährlichen Risikobild identifizierten Erfordernisse anzupassen. Dazu gehören insbesondere die beschleunigte Modernisierung der Ausrüstung, der Ausbau der Luftraumüberwachung bzw. -verteidigung auf Basis neuer Technologien, eine zeitgemäße Drohnen- und Cyberabwehr, der Schutz kritischer Infrastruktur sowie eine bessere Personalgewinnung und die Attraktivierung militärischer Laufbahnen.

Interoperabilität mit europäischen Partnern konsequent ausbauen

Gemeinsame Ausbildungsprogramme, multinationale Übungen, NATO-Standards und gemeinsame Fähigkeitsentwicklung sind verstärkt umzusetzen. Die Zusammenarbeit im Rahmen des Individually Tailored Partnership Programme (ITPP) mit der NATO ist über das bisherige Maß der Vorbereitung friedenssichernder Maßnahmen hinaus auszubauen und auf gemeinsame Manöver, Fähigkeits- und Einsatzplanung zu erweitern.

Europäische Luftraumüberwachung und -verteidigung stärken

Österreich soll verstärkt an europäischen Luftraumverteidigungsprojekten wie Sky Shield teilnehmen. Die österreichische Luftraumüberwachung und -verteidigung sind entsprechend dem neuen Risikobild in Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten neu aufzustellen und zu stärken. Dazu gehört ein automatischer, möglichst Echtzeit-Austausch von Sensor- und Luftlagedaten mit europäischen Partnern, damit Bedrohungen früh erkannt, ein gemeinsames Lagebild entstehen und der eigene Luftraum wirksamer geschützt werden kann.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aktiv mitgestalten

Die Strukturplanung des Österreichischen Bundesheeres hat sich an den Anforderungen einer vorbehaltlosen Umsetzung der Solidaritätsverpflichtungen nach Artikel 42 Absatz 7 EUV auszurichten. Österreichs Mitwirkung an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union, an PESCO-Projekten, der Europäischen Verteidigungsagentur und weiteren europäischen Kooperationsformaten, etwa den EU-Eingreiftruppen (Rapid Deployment Capacities, RDC), ist zu intensivieren. Als solidarischer Partner schützt

Österreich seine Transportinfrastruktur für den Transit von Truppen und Hilfsgütern und beteiligt sich in Zukunft ohne Vorbehalt an der europäischen Initiative zur Stärkung der militärischen Mobilität EMERS (European Military Mobility Enhanced Response System).

Gemeinsame europäische Rüstungs- und Beschaffungspolitik vorantreiben

Gemeinsame Beschaffung und Rüstungsprojekte sollen zunehmend Doppelgleisigkeiten abbauen, Skaleneffekte ermöglichen, die europäische Verteidigungsindustrie stärken und Europas technologische Souveränität ausbauen. Das heißt: Die Rüstungsbeschaffung hat aufgrund gemeinsamer Planung zu erfolgen und – soweit möglich und sinnvoll – europäische Produkte zu priorisieren. Aktuell erfolgt nur ein geringer Teil der europäischen Rüstungsbeschaffung gemeinsam. Nationale Alleingänge treiben Kosten in die Höhe und verhindern die dringend notwendige Standardisierung von Gerät und Ausrüstung. Künftig müssen EU-Mittel daher klar an gemeinsame Beschaffung gebunden werden. Beschaffung im Rahmen europäischer Kooperationen soll in Zukunft automatisch gesetzeskonform sein. Derzeit müssen österreichische Partnerländer befürchten, dass sie an einem österreichischen Weiterverkaufsverbot scheitern, was einen erheblichen Wettbewerbsverlust für die österreichische Wirtschaft mit sich bringt. Das Kriegsmaterialgesetz ist hierfür zu reformieren.

Spionage unterbinden – Nachrichtendienstliche Zusammenarbeit stärken

Österreich muss den Ruf ablegen, ein Zentrum für Spionage gegen die Interessen unserer Partner zu sein. Der Spionageparagraph im Strafrecht muss Spionage nicht nur gegen österreichische Interessen, sondern auch gegen unsere internationalen und insbesondere europäischen Partner, juristische und natürliche Personen innerhalb der EU (Unternehmen, Zivilgesellschaft, Oppositionspolitiker:innen, etc.) und gegen Internationale Organisationen unter Strafe stellen. Um Spionage, aber auch Gefährdungen österreichischer oder Partnerinteressen rechtzeitig aufklären zu können, sollen die Befugnisse unserer Nachrichtendienste an europäische Normen angeglichen werden. Österreichs Dienste müssen aktive Partner in Europa werden, anstatt nur passive Informationsempfänger zu sein.

Europäische Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Sektoren ausbauen

Die Zusammenarbeit der europäischen Nachrichtendienste, Cyberabwehr und Terrorismusbekämpfung sowie der systematische Informationsaustausch innerhalb Europas sind sukzessive zu vertiefen. Europol soll als zentrale europäische Koordinations- und Analyseagentur gestärkt werden.

Eine umfassende nationale Resilienzstrategie entwickeln

Energie-, Digital-, Gesundheits- und Lebensmittelversorgung, strategische Reserven, Lieferketten und der Schutz kritischer Technologien sind als integrale Bestandteile nationaler Sicherheit zu definieren. Nationale Cyberabwehrkapazitäten und der Schutz kritischer Infrastruktur sind in europäischer Zusammenarbeit weiter auszubauen. Langfristig ist eine gesamtstaatliche Sicherheitsstrategie zu entwickeln, die Bevölkerungsschutz, Zivilschutz, Krisenvorsorge und militärische Landesverteidigung stärker verzahnt.

Die demokratische und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Österreichs und der EU festigen

Politische und demokratische Bildung, Verständnis für neue Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI), Medienkompetenz, die Bekämpfung extremistischer Radikalisierung sowie Maßnahmen gegen Desinformation und digitale Manipulation durch innere und äußere Akteure sind – im europäischen Verbund durch einen European Democracy Shield – zu stärken. Demokratiebildung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, digitale Souveränität, wissenschaftliche Exzellenz, Innovationsfähigkeit und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sind als tragende Säulen moderner Sicherheitspolitik weiterzuentwickeln.

Die Ukraine weiter unterstützen

Die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Ukraine ist durch die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten konsequent fortzuführen. Ihr Wiederaufbau und ihre langfristige Einbindung in die europäische Sicherheitsarchitektur sind aktiv zu unterstützen. Dabei sind ihre einzigartigen Erfahrungen in moderner Verteidigung, Cyberabwehr und innovativen Militärtechnologien zu nutzen.

3.2. Langfristige Maßnahmen

Einen österreichischen Beitrag zur Europäischen Strategischen Autonomie entwickeln

Ziel muss die Verringerung kritischer Abhängigkeiten bei Energie, Rohstoffen, Halbleitern, Künstlicher Intelligenz, digitalen Plattformen und sicherheitsrelevanten Schlüsseltechnologien sein.

Europäische Sicherheits- und Innovationspolitik stärken

Forschung, Start-ups und Dual-Use-Technologien im Sicherheitsbereich sind gezielt zu fördern. Dazu braucht es mehr EU-Mittel, schnellere Zulassungsverfahren und bessere Verknüpfung von ziviler und militärischer Innovation – im Sinne der Draghi- und Letta-Reports. So steigert Europa seine technologische Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit.

Die Europäische Verteidigungsunion nach Artikel 42 Absatz 2 EUV vollenden

Eine handlungsfähige Europäische Verteidigungsunion ist als Ziel der europäischen Integration über die derzeitigen Grenzen der EU hinaus zu unterstützen. Österreich soll sich dabei als konstruktiver Mitgestalter positionieren. Die Vollendung der Europäischen Verteidigungsunion bedingt die Zustimmung aller Mitgliedstaaten, inklusive Österreich. Daher ist für die Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen eine Mitnahme der Bevölkerung auf diesem Weg von zentraler Bedeutung. Es gilt Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Vorteile einer solchen kollektiven Verteidigungsorganisation dem derzeitigen Rechtsstatus Österreichs in jeder Hinsicht überlegen sind. Innerhalb einer solchen Europäischen Verteidigungsunion kann es keine Neutralität geben.

Zwischenschritt bis zur Europäischen Verteidigungsunion

23 von 27 EU-Mitgliedsstaaten gehören der NATO an. Diese 23 Staaten tragen aktuell die Hauptlast der konventionellen Sicherheits- und Verteidigungsleistung Europas und bestimmen daher maßgeblich deren aktuelle Verteidigungspolitik. Auf absehbare Zeit muss Österreich so eng und so pragmatisch wie möglich mit seinen NATO-Nachbarn zusammenarbeiten und seine verteidigungspolitische Planung ohne Vorbehalte auf diese aktuelle konventionelle Verteidigungsstruktur in Europa ausrichten. Die europäische Verteidigungsunion bleibt das langfristige Ziel. Sie ersetzt den europäischen Pfeiler der NATO auf absehbare Zeit allerdings nicht.

Eine eigenständige EU-Armee aufbauen

Die EU-Eingreiftruppen (Rapid Deployment Capacities) sollen schrittweise zu permanenten gemeinsamen europäischen Streitkräften weiterentwickelt werden – mit gemeinsamen Kommandostrukturen, Ausbildung, integrierter Logistik, Beschaffung und Budget. Als logische Konsequenz des NEOS-Ziels der Vereinigten Staaten von Europa entsteht hieraus die Basis für eine eigenständige EU-Armee. Diese beruht auf Freiwilligkeit. Parallel dazu werden für regionale Sicherungsaufgaben – vor allem zur Abwehr hybrider Angriffe – weiterhin nationale militärische und zivile

292 Sicherheitskräfte notwendig sein. Damit die Europäische Union eigenständig die
293 Sicherheit ihrer Bürger:innen gewährleisten kann, müssen alle Mitgliedsstaaten –
294 darunter selbstverständlich auch Österreich – die erforderlichen politischen und
295 rechtlichen Schritte zur gemeinsamen Integration der militärischen Kapazitäten
296 und darüber hinaus zum Aufbau einer EU-Armee setzen.

297 **4. Schlussbemerkung**

298 Dieses Programm definiert die grundsätzlichen Positionen zu Österreichs
299 Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es ist offen für Weiterentwicklungen.
300 Nicht zuletzt, weil der Abschluss der neuen Österreichischen
301 Sicherheitsstrategie (ÖSS) erst bevorsteht und eine neue Europäische
302 Sicherheitsstrategie (ESS) der Europäischen Union angekündigt ist. Die
303 geopolitische Lage ändert sich rasch. Das schließt jeden Dogmatismus aus.

PDF-Upload

Ein sicheres Österreich in einem wehrhaften Europa – grundsätzliche Positionen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik

1. Zur Ausgangslage

NEOS bekennen sich zur regelbasierten globalen Ordnung und zum Multilateralismus im Rahmen des Völkerrechts, der Vereinten Nationen (UNO) und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) sowie zum kollektiven militärischen Sicherheitssystem der UNO und den Grundsätzen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Für ein kleines Land wie Österreich ist eine internationale Ordnung, die auf der Stärke des Rechts und nicht auf dem Recht des Stärkeren basiert, entscheidend, um eigene Interessen zu wahren und nationale Sicherheit zu gewährleisten sowie in einer geordneten, globalen Struktur durch internationalen Handel unseren Wohlstand zu erhalten.

Sicherheit ist keine ausschließlich militärische Aufgabe. Moderne Sicherheitspolitik umfasst den Schutz demokratischer Institutionen ebenso wie die Verteidigung der territorialen Integrität, den Schutz kritischer Infrastruktur, wirtschaftliche Resilienz, technologische Souveränität und die Fähigkeit, auf hybride Kriegsführung wirksam zu reagieren. NEOS bekennen sich daher zu einem gesamtheitlichen, gewaltpräventiven Zugang (Comprehensive Approach), der militärische, zivile, wirtschaftliche und gesellschaftliche Instrumente verbindet. Militärische Fähigkeiten bleiben als letztes Mittel unverzichtbar. Dauerhafte Sicherheit und Frieden setzen zugleich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalt voraus.

Umfassende Sicherheit heißt für Österreich: Ein Leben in Frieden und nach unseren Wertvorstellungen. Es gilt, Krieg von vornherein zu verhindern, auch durch militärische Abschreckung. Glaubhafte Abschreckung entsteht nicht durch Deklarationen, sondern durch militärische Stärke, die einem potenziellen Angreifer von vornherein das Scheitern eines Krieges vor Augen führt. Der Landesverteidigungsbericht 2026/27 hält hierzu fest: „Einzelstaaten können diesen Herausforderungen nicht mehr alleine begegnen, daher ist eine europäische Sicherheitslösung unerlässlich.“

Für ein Land der Größe und Bevölkerung Österreichs ist einzelstaatliche Verteidigung daher schlicht nicht machbar. Friedenssicherung durch Abschreckung ist folglich nur aufbauend auf europäischer Verteidigung im Verbund möglich – über die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union, gegenseitige Beistandspflichten und Projekte mit europäischen Partnerländern, wie

im Fall von integrierter Luftverteidigung. Eine bedrohungsgerechte, hochwertige militärische Landesverteidigung – eingebettet in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union – ist dabei unerlässlich. Daraus folgt die Notwendigkeit, die eigene Lage klar zu benennen und europäische wie transatlantische Optionen zur Friedenssicherung realistisch einzuschätzen.

Die österreichische Neutralität entstand 1955 unter den Bedingungen des Kalten Krieges: als Kompromiss zwischen den Blöcken, abgesichert durch das Gleichgewicht der Supermächte. Diese Voraussetzungen gelten heute nicht mehr. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Cyberoperationen, Sabotage und Drohnen- wie Raketenbedrohungen gegen Europa haben die Lage grundlegend verändert. Zugleich sind die Vereinigten Staaten kein vertrauenswürdiger Bündnispartner mehr, auf dessen verlässlichen Schutz Europa bauen kann. Washington fordert ausdrücklich, dass Europa sich konventionell verstärkt selbst verteidigen müsse. Wer diese Ansage ignoriert, überlässt die europäische Sicherheit dem Goodwill der USA.

Österreich ist heute nicht mehr Frontstaat zwischen NATO und Warschauer Pakt, sondern NATO-EU-Binnenland. Ein isolierter konventioneller Angriff ist heute nur im Rahmen einer umfassenden kriegerischen bzw. hybriden Konfliktsituation im europäischen Rahmen denkbar. Österreichs Sicherheitsinteressen sind daher untrennbar mit jenen Europas verbunden. Die Konsequenz: Nicht österreichische Isolation, sondern die Bündelung europäischer Kapazitäten, um autonom abschrecken zu können. Ein Land, das in der veränderten geopolitischen Situation militärisch schwach bleibt, nachrichtendienstlich alleinsteht und sich aus europäischen Verteidigungsstrukturen heraushält, begibt sich außerhalb des einzigen wirksamen Sicherheitsrahmens für Österreich und seine Bürger:innen. Neutralität schützt nicht. Sie beschreibt einen Rechtsstatus und kann jedenfalls heute nicht mehr als Sicherheits- und Verteidigungsstrategie dienen.

Durch die Volksabstimmung und den EU-Beitritt 1995 wurde die österreichische Neutralität bereits verfassungsrechtlich abgeändert und wesentlich eingeschränkt. Nach Art. 23j B-VG wirkt Österreich an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mit; damit hat es sich zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie zur Beistandspflicht nach Artikel 42 Absatz 7 EUV bekannt: Seitdem gilt, dass innerhalb der Europäischen Union Beistand vor Neutralität geht. Im Fall eines bewaffneten Angriffs auf einen Mitgliedstaat schulden dem Angegriffenen alle EU-Mitglieder, also auch Österreich, Hilfe und Unterstützung. Neutralität im Falle eines Angriffs auf einen EU-Partner wäre keine Friedenspolitik, sondern Vertrags- und Solidaritätsbruch mit gravierenden politischen Konsequenzen für Österreich.

Ebenso entscheidend wie militärische Abschreckung ist der Ausbau der gesamtstaatlichen Resilienz. Sicherheit beginnt nicht erst an der Staatsgrenze, sondern in einer widerstandsfähigen Gesellschaft, die den Willen besitzt, ihre Heimat

und Europa zu verteidigen. Daher müssen der Schutz kritischer Infrastruktur, die Versorgungssicherheit mit Energie und Rohstoffen, der Schutz digitaler Systeme, die Bekämpfung von Desinformation sowie demokratische politische Bildung zentrale Bestandteile österreichischer und europäischer Sicherheitspolitik sein. Demokratie muss gegen äußere Einflussnahme ebenso wie gegen innere Polarisierung und Extremismus wehrhaft sein.

NEOS bekennen sich zudem klar zur Ukraine als wesentlichem Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur. Ihr Verteidigungskampf schützt nicht nur ihre eigene staatliche Souveränität, sondern verteidigt auch die europäische Unabhängigkeit und Friedensordnung, das Völkerrecht und die Grundprinzipien internationaler Zusammenarbeit. Solange die Ukraine hält, bleibt die Abschreckungslinie vor der EU; fiel sie, rückte die Bedrohung auch an Österreich näher heran.

2. Ziele und Aufgaben der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Das österreichische Bundesheer muss auf die sicherheitspolitischen Anforderungen der kommenden Jahrzehnte vorbereitet sein, um zum Frieden durch Abschreckung im europäischen Verbund beitragen zu können. Dafür braucht es moderne Ausrüstung, ausreichende Finanzierung, Personal und volle Interoperabilität mit den Streitkräften europäischer Partner. Österreich muss sich verstärkt an der europäischen Ausbildungs-, Beschaffungs- und Fähigkeitsplanung beteiligen, weiterhin NATO-kompatible Standards implementieren und Kräfte für eine gemeinsame europäische Abschreckung bereitstellen. Es muss zu qualitativ und quantitativ adäquaten Beiträgen für gemeinsame Missionen bereit und fähig sein. Das Bundesheer muss sowohl zur klassischen Landesverteidigung als auch zum Schutz kritischer Infrastruktur, zur Cyberverteidigung und zur europäischen Krisenvorsorge befähigt sein. Eine stärkere Einbindung in europäische Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen ist hierfür unerlässlich.

Angesichts wachsender Unsicherheiten über die zukünftige Rolle der USA muss Europa seine sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken. Im Sinne strategischer Autonomie muss Europa wegfallende US-Beiträge an Truppen und Fähigkeiten durch eigene Kapazitäten ersetzen. Das heißt konkret: einen eigenständigen europäischen Flügel der NATO durch konsequente Interoperabilität und Durchhaltefähigkeit sowie militärische Kooperation innerhalb der Europäischen Union weiter zu stärken. NEOS treten für eine kontinuierliche Vertiefung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Ziel ist eine Europäische Union, die außen- und sicherheitspolitisch entscheidungs- und handlungsfähig ist,

damit sie ihre Bürger:innen wirksam schützen und als glaubwürdiger sicherheitspolitischer Akteur internationale Verantwortung übernehmen kann.

Österreich soll seinen Verpflichtungen aus der EU-Mitgliedschaft, insbesondere aus Artikel 42 Absatz 7 EUV, nachkommen und diese nicht unter Berufung auf die Neutralität anzweifeln. Die sogenannte „Irische Klausel“ macht den Beistand im Ernstfall nicht optional. Österreich soll daher im Beistandsfall militärisch wie zivil helfen können: mit Streitkräften, zivilen Beiträgen, Logistik, Medizin, Cyberfähigkeit, Schutz kritischer Infrastruktur sowie Versorgung, Beschaffung und industrieller Durchhaltefähigkeit. Was Österreich in jedem dieser Bereiche beitragen kann, muss vorab definiert und tatsächlich bereit gehalten werden. Obwohl eigentlich selbstverständlich, muss Österreich unmissverständlich außer Streit stellen, dass es die Durchfuhr militärischer Güter und Truppen europäischer Partner im Beistandsfall nicht behindert.

Solange die im Vertrag über die Europäische Union (Artikel 42 Absatz 2 EUV) angelegte Europäische Verteidigungsunion nicht realisiert ist, gilt es, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den bestehenden europäischen Strukturen umzusetzen und zu vertiefen. Österreich braucht dafür eine ehrliche und ideologiefreie Debatte über seine Rolle im europäischen Verbund. Dort wo Österreich heute an gemeinsamen Verteidigungskooperationen teilnimmt, – in der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO), dem Europäischen Verteidigungsfonds (EDF), dem European Defence Industry Programme (EDIP), der Initiative für militärische Mobilität sowie in Missionen und Übungen im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) – soll dies künftig vollinhaltlich und ohne Vorbehalte erfolgen. Dasselbe gilt für die European Sky Shield Initiative (ESSI). Österreich wird sich in diesen europäischen Projekten uneingeschränkt einbringen und sie aktiv mitgestalten. Ein falsches Neutralitätsverständnis darf nicht zum Hemmschuh der verteidigungspolitischen Integration Österreichs innerhalb Europas werden.

3. Die Umsetzung der Ziele

Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordern rasches Handeln. Für die Gegenwart und Zukunft sind daher folgende Maßnahmen zu setzen:

3.1. Sofortige Maßnahmen

Offenen Dialog zur österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik führen

Ein breiter öffentlicher Dialog über Österreichs Sicherheits-, und Verteidigungspolitik im europäischen Verbund und in diesem Zusammenhang über die Neutralität ist

unerlässlich. Klar ist für NEOS, dass das Festhalten am Neutralitätsverständnis aus der Zeit des Kalten Krieges keine Basis für Österreichs zukünftige Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein kann und daher in diesem Prozess zu überdenken ist. Es gilt Bewusstseinsarbeit dafür zu leisten, dass heute eine zeitgemäße solidarische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die militärische, zivile, wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Sicherheit integriert, im Interesse Österreichs liegt. Das setzt eine solidarische Rolle Österreichs innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur voraus.

Militärische Einsatzfähigkeit des Bundesheeres nachhaltig erhöhen

Der Aufbauplan 2032+ und die Personalstruktur des Bundesheeres sind an die im jährlichen Risikobild identifizierten Erfordernisse anzupassen. Dazu gehören insbesondere die beschleunigte Modernisierung der Ausrüstung, der Ausbau der Luftraumüberwachung bzw. -verteidigung auf Basis neuer Technologien, eine zeitgemäße Drohnen- und Cyberabwehr, der Schutz kritischer Infrastruktur sowie eine bessere Personalgewinnung und die Attraktivierung militärischer Laufbahnen.

Interoperabilität mit europäischen Partnern konsequent ausbauen

Gemeinsame Ausbildungsprogramme, multinationale Übungen, NATO-Standards und gemeinsame Fähigkeitsentwicklung sind verstärkt umzusetzen. Die Zusammenarbeit im Rahmen des Individually Tailored Partnership Programme (ITPP) mit der NATO ist über das bisherige Maß der Vorbereitung friedenssichernder Maßnahmen hinaus auszubauen und auf gemeinsame Manöver, Fähigkeits- und Einsatzplanung zu erweitern.

Europäische Luftraumüberwachung und -verteidigung stärken

Österreich soll verstärkt an europäischen Luftraumverteidigungsprojekten wie Sky Shield teilnehmen. Die österreichische Luftraumüberwachung und -verteidigung sind entsprechend dem neuen Risikobild in Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten neu aufzustellen und zu stärken. Dazu gehört ein automatischer, möglichst Echtzeit-Austausch von Sensor- und Luftlagedaten mit europäischen Partnern, damit Bedrohungen früh erkannt, ein gemeinsames Lagebild entstehen und der eigene Luftraum wirksamer geschützt werden kann.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aktiv mitgestalten

Die Strukturplanung des Österreichischen Bundesheeres hat sich an den Anforderungen einer vorbehaltlosen Umsetzung der Solidaritätsverpflichtungen nach Artikel 42 Absatz 7 EUV auszurichten. Österreichs Mitwirkung an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union, an PESCO-Projekten, der Europäischen Verteidigungsagentur und weiteren europäischen Kooperationsformaten, etwa den EU-Eingreiftruppen (Rapid Deployment Capacities, RDC), ist zu intensivieren. Als solidarischer Partner schützt Österreich seine

Transportinfrastruktur für den Transit von Truppen und Hilfsgütern und beteiligt sich in Zukunft ohne Vorbehalt an der europäischen Initiative zur Stärkung der militärischen Mobilität EMERS (European Military Mobility Enhanced Response System).

Gemeinsame europäische Rüstungs- und Beschaffungspolitik vorantreiben

Gemeinsame Beschaffung und Rüstungsprojekte sollen zunehmend Doppelgleisigkeiten abbauen, Skaleneffekte ermöglichen, die europäische Verteidigungsindustrie stärken und Europas technologische Souveränität ausbauen. Das heißt: Die Rüstungsbeschaffung hat aufgrund gemeinsamer Planung zu erfolgen und – soweit möglich und sinnvoll – europäische Produkte zu priorisieren. Aktuell erfolgt nur ein geringer Teil der europäischen Rüstungsbeschaffung gemeinsam. Nationale Alleingänge treiben Kosten in die Höhe und verhindern die dringend notwendige Standardisierung von Gerät und Ausrüstung. Künftig müssen EU-Mittel daher klar an gemeinsame Beschaffung gebunden werden. Beschaffung im Rahmen europäischer Kooperationen soll in Zukunft automatisch gesetzeskonform sein. Derzeit müssen österreichische Partnerländer befürchten, dass sie an einem österreichischen Weiterverkaufsverbot scheitern, was einen erheblichen Wettbewerbsverlust für die österreichische Wirtschaft mit sich bringt. Das Kriegsmaterialgesetz ist hierfür zu reformieren.

Spionage unterbinden – Nachrichtendienstliche Zusammenarbeit stärken

Österreich muss den Ruf ablegen, ein Zentrum für Spionage gegen die Interessen unserer Partner zu sein. Der Spionageparagraph im Strafrecht muss Spionage nicht nur gegen österreichische Interessen, sondern auch gegen unsere internationalen und insbesondere europäischen Partner, juristische und natürliche Personen innerhalb der EU (Unternehmen, Zivilgesellschaft, Oppositionspolitiker:innen, etc.) und gegen Internationale Organisationen unter Strafe stellen. Um Spionage, aber auch Gefährdungen österreichischer oder Partnerinteressen rechtzeitig aufklären zu können, sollen die Befugnisse unserer Nachrichtendienste an europäische Normen angeglichen werden. Österreichs Dienste müssen aktive Partner in Europa werden, anstatt nur passive Informationsempfänger zu sein.

Europäische Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Sektoren ausbauen

Die Zusammenarbeit der europäischen Nachrichtendienste, Cyberabwehr und Terrorismusbekämpfung sowie der systematische Informationsaustausch innerhalb Europas sind sukzessive zu vertiefen. Europol soll als zentrale europäische Koordinations- und Analyseagentur gestärkt werden.

Eine umfassende nationale Resilienzstrategie entwickeln

Energie-, Digital-, Gesundheits- und Lebensmittelversorgung, strategische Reserven, Lieferketten und der Schutz kritischer Technologien sind als integrale

Bestandteile nationaler Sicherheit zu definieren. Nationale Cyberabwehrkapazitäten und der Schutz kritischer Infrastruktur sind in europäischer Zusammenarbeit weiter auszubauen. Langfristig ist eine gesamtstaatliche Sicherheitsstrategie zu entwickeln, die Bevölkerungsschutz, Zivilschutz, Krisenvorsorge und militärische Landesverteidigung stärker verzahnt.

Die demokratische und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Österreichs und der EU festigen

Politische und demokratische Bildung, Verständnis für neue Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI), Medienkompetenz, die Bekämpfung extremistischer Radikalisierung sowie Maßnahmen gegen Desinformation und digitale Manipulation durch innere und äußere Akteure sind – im europäischen Verbund durch einen European Democracy Shield – zu stärken. Demokratiebildung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, digitale Souveränität, wissenschaftliche Exzellenz, Innovationsfähigkeit und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sind als tragende Säulen moderner Sicherheitspolitik weiterzuentwickeln.

Die Ukraine weiter unterstützen

Die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Ukraine ist durch die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten konsequent fortzuführen. Ihr Wiederaufbau und ihre langfristige Einbindung in die europäische Sicherheitsarchitektur sind aktiv zu unterstützen. Dabei sind ihre einzigartigen Erfahrungen in moderner Verteidigung, Cyberabwehr und innovativen Militärtechnologien zu nutzen.

3.2. Langfristige Maßnahmen

Einen österreichischen Beitrag zur Europäischen Strategischen Autonomie entwickeln

Ziel muss die Verringerung kritischer Abhängigkeiten bei Energie, Rohstoffen, Halbleitern, Künstlicher Intelligenz, digitalen Plattformen und sicherheitsrelevanten Schlüsseltechnologien sein.

Europäische Sicherheits- und Innovationspolitik stärken

Forschung, Start-ups und Dual-Use-Technologien im Sicherheitsbereich sind gezielt zu fördern. Dazu braucht es mehr EU-Mittel, schnellere Zulassungsverfahren und bessere Verknüpfung von ziviler und militärischer Innovation – im Sinne der Draghi- und Letta-Reports. So steigert Europa seine technologische Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit.

Die Europäische Verteidigungsunion nach Artikel 42 Absatz 2 EUV vollenden

Eine handlungsfähige Europäische Verteidigungsunion ist als Ziel der europäischen Integration über die derzeitigen Grenzen der EU hinaus zu unterstützen. Österreich soll sich dabei als konstruktiver Mitgestalter positionieren. Die Vollendung der Europäischen Verteidigungsunion bedingt die Zustimmung aller Mitgliedstaaten, inklusive Österreich. Daher ist für die Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen eine Mitnahme der Bevölkerung auf diesem Weg von zentraler Bedeutung. Es gilt Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Vorteile einer solchen kollektiven Verteidigungsorganisation dem derzeitigen Rechtsstatus Österreichs in jeder Hinsicht überlegen sind. Innerhalb einer solchen Europäischen Verteidigungsunion kann es keine Neutralität geben.

Zwischenschritt bis zur Europäischen Verteidigungsunion

23 von 27 EU-Mitgliedsstaaten gehören der NATO an. Diese 23 Staaten tragen aktuell die Hauptlast der konventionellen Sicherheits- und Verteidigungsleistung Europas und bestimmen daher maßgeblich deren aktuelle Verteidigungspolitik. Auf absehbare Zeit muss Österreich so eng und so pragmatisch wie möglich mit seinen NATO-Nachbarn zusammenarbeiten und seine verteidigungspolitische Planung ohne Vorbehalte auf diese aktuelle konventionelle Verteidigungsstruktur in Europa ausrichten. Die europäische Verteidigungsunion bleibt das langfristige Ziel. Sie ersetzt den europäischen Pfeiler der NATO auf absehbare Zeit allerdings nicht.

Eine eigenständige EU-Armee aufbauen

Die EU-Eingreiftruppen (Rapid Deployment Capacities) sollen schrittweise zu permanenten gemeinsamen europäischen Streitkräften weiterentwickelt werden – mit gemeinsamen Kommandostrukturen, Ausbildung, integrierter Logistik, Beschaffung und Budget. Als logische Konsequenz des NEOS-Ziels der Vereinigten Staaten von Europa entsteht hieraus die Basis für eine eigenständige EU-Armee. Diese beruht auf Freiwilligkeit. Parallel dazu werden für regionale Sicherungsaufgaben – vor allem zur Abwehr hybrider Angriffe – weiterhin nationale militärische und zivile Sicherheitskräfte notwendig sein. Damit die Europäische Union eigenständig die Sicherheit ihrer Bürger:innen gewährleisten kann, müssen alle Mitgliedsstaaten – darunter selbstverständlich auch Österreich – die erforderlichen politischen und rechtlichen Schritte zur gemeinsamen Integration der militärischen Kapazitäten und darüber hinaus zum Aufbau einer EU-Armee setzen.

4. Schlussbemerkung

Dieses Programm definiert die grundsätzlichen Positionen zu Österreichs Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es ist offen für Weiterentwicklungen. Nicht zuletzt, weil der Abschluss der neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS) erst bevorsteht und eine neue Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) der

Europäischen Union angekündigt ist. Die geopolitische Lage ändert sich rasch. Das schließt jeden Dogmatismus aus.